

sektor abzubauen. Insbesondere sollten stärker auch nichtstaatliche Finanzierungsquellen für Kultur- und Wissenschaftsaktivitäten in Berlin gewonnen werden.

## **Wissenschaftspolitik als Wirtschaftspolitik? Sanierung ohne Verödung: Über Haushaltskonsolidierung und städtische Entwicklung in Berlin**

*Peer Pasternack*

„Es wird nie so heiß gegessen wie gekocht wird, trösteten die Gegessenen die Gekochten“, heißt es bei Stanislaw Jerzy Lec. In der Berliner Haushaltskonsolidierung fällt mittlerweile der Überblick schwer: Wer wird gerade gekocht und wer schon gegessen? Und: Wer kocht, wer serviert und wer isst? Stellt man sich solche Fragen, ist ein wenig Gelassenheit angebracht. Probieren wir es, indem wir ein Denkspiel veranstalten.

### **1 Ein Denkspiel: Berlin D.C. und die Folgen**

Das Spiel beginnt mit ein paar Fragen, und es hat dazu eine begrenzte Anzahl Antwortkärtchen: Warum eigentlich muss der Landeshaushalt saniert werden? Antwort: um politische Gestaltungsmöglichkeiten zurückzugewinnen. O.k. Wozu aber politische Gestaltungsmöglichkeiten zurückgewinnen? Um dann wieder eigene Schwerpunkte setzen zu können. Aha. Und lässt sich dieses Ziel, desentwegen man sich so viel Ärger einhandelt, vielleicht auch jetzt schon in Teilen realisieren – lassen sich also in der Haushaltssanierung selbst bereits Schwerpunkte setzen? Antwort: Nein, eigentlich nicht. Denn Schwerpunktsetzungen bedeuten Mehrausgaben (im Vergleich zum Länderdurchschnitt oder zu Hamburg), und diese Mehrausgaben müssten durch Minderausgaben an anderer Stelle finanziert werden. Da aber alle sparen müssen, werde kaum ein Ressort bereit sein, zu Gunsten eines anderen noch mehr zu sparen, als ihm ohnehin abverlangt werde. Leuchtet ein. Was aber sollen dann für Schwerpunkte gesetzt werden, wenn das Land irgendwann nach erfolgreicher Haushaltssanierung wieder politische Gestaltungsmöglichkeiten zurückgewonnen hat? An dieser Stelle sind die Antwortkärtchen alle.

Deshalb wechselt das Denkspiel jetzt den Modus: Gesetzt den Fall, die Berliner Lotterwirtschaft der 90er Jahre würde einfach weitergehen, was könnte dann passieren? Zwei Möglichkeiten wären denkbar. Die unwahrscheinlichere: Durch Länderfusion würde das Berliner Haushaltsloch mit dem Brandenburgi-

schen vereinigt. So richtig problemlösend wäre das ja auch nicht. Eine andere Möglichkeit bestünde in der Washington-D.C.-Lösung: Berlin zieht die Konsequenzen aus seinen Strukturschwächen. Es erklärt diese aus historischen Gründen, und beurkundet, dass daher das Land eigenständig nicht lebensfähig sei. Da dem Bund der deutschen Länder aber eine solche Hauptstadt nicht auf Dauer zugemutet werden könne, bitte man um bundesunmittelbare Verwaltung.<sup>1</sup> Der Weg ist verfassungsrechtlich problematisch, da unerprobt und im Grundgesetz nicht vorgesehen. Weder die Staatsinsolvenz noch die Auflösung eines Bundeslandes, ohne dass dieses in einem anderen aufgeht, sind bislang geregelt. Das muss uns hier aber nicht kümmern, denn wir sind ja nur in einem Denkspiel.

Dieses geht so weiter: Der Bund setzte eine Staatskommissarin ein (wahrscheinlich würde es doch ein Mann sein, aber wir spielen ja hier nur), die ins Rote Rathaus einzöge. Ihr Auftrag lautet, eine funktionsfähige und präsentable Bundeshauptstadt zu schaffen, deren Kosten sich in Grenzen halten. Das also ist das Ziel, bestehend aus vier Elementen: funktionsfähig, präsentabel, Bundeshauptstadt, finanzierbar. Im Prinzip bleibt erst einmal alles beim Alten, nur dass es kein Abgeordnetenhaus mehr gibt und der Haushalt von Berlin jetzt durch den Bundestag beschlossen wird. Dann aber muss sich die Staatskommissarin Gedanken machen, wie der gestellte Auftrag zu erfüllen ist. Wenn die Kosten in Grenzen gehalten werden sollen, muss die Stadt neben Ausgaben auch dauerhafte Einnahmen realisieren. Dazu sind die einnahmenrelevanten Potentiale Berlins festzustellen. Die sind übersichtlich, wird die Staatskommissarin entdecken.

Berlin hat vier harte Standortfaktoren von Relevanz:

- a. die Bundesregierung (eine kürzliche Neuansiedlung mit endlichem Erweiterungspotential, nämlich den Bonner Restbeständen),
- b. eine hohe Forschungs- und Hochschulichte,
- c. Tourismus (der Kultur benötigt) sowie
- d. etwas – vor allem mittelständische – Wirtschaft.

Ein großindustrielles Zentrum wird die Stadt jedenfalls nicht mehr werden: Berlin beherbergt nur 15 Unternehmen, die jeweils mehr als 500 Mitarbeiter haben. Das Umland ist weitgehend agrarisch und touristisch geprägt. Folglich sind relevante industrielle Überschwappeffekte auch von dort nicht zu erwarten. Aller-

<sup>1</sup> Vgl. dazu X (2003): Quo Vadis, Berlin? Die „Fusion“ mit Brandenburg ist ein Irrweg. In: Recht und Politik 1/2003. S. 7-11; Hendrik Wassermann (2003): Der Bund muss seine Hauptstadt finanzieren. Zur Herausnahme Berlins aus dem Länderfinanzausgleich und zum Konzept der bundesunmittelbaren Stadt. In: a.a.O. S. 12-14 und Gert G. Wagner (2003): Ein Blick nach Washington DC kann lehrreich für die deutsche Hauptstadt sein. In: Voss 2/2003. URL: <http://www.berlinews.de/archiv-2003/1651.shtml>.

dings: Allein in Branchen wie Information und Telekommunikation verfügt Berlin über 9.000 Unternehmen mit insgesamt 100.000 Beschäftigten. Offenkundig liegen die wirtschaftlichen Potentiale der Stadt in den wissensbasierten Feldern. Soweit die wirtschaftliche Stärken-Schwächen-Analyse unserer Kommissarin.

Dann muss sie aber noch schauen, wie sich eigentlich Ausgaben- und Einnahmenströme zueinander verhalten. Die Staatskommissarin ist untypischerweise nicht nur eine Frau, sondern auch noch aus dem Osten. Sie erinnert sich daher daran, dass es in der DDR Bereiche gab, die man den „nichtproduzierenden Sektor“ nannte. Gemeint war: Das kostet nur, z.B. Gesundheitswesen oder Hochschulen. Nun kommt der Mensch von seinen frühen Prägungen zeitlebens nicht richtig los, also schaut auch die Kommissarin erst einmal beim „nichtproduzierenden Sektor“ in den Stadthaushalt und ist hell entsetzt: 1,4 Milliarden Euro gehen allein in die Berliner Hochschulen und Forschungsinstitute jedes Jahr. Sie kriegt sich allerdings auch wieder ein, denn zur Staatskommissarin hat man sie vor allem wegen ihrer nüchternen Art ernannt. Erst einmal teilt sie die Summe zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen: 150 Millionen Euro gehen in letztere, 1,2 Milliarden in die Hochschulen. Soweit die Ausgaben. Gibt es auch Einnahmen dadurch?

Einige schon, stellt sich heraus. Die 150 Millionen für die außeruniversitäre Forschung sind gut angelegt. Denn sie wandern in sogenannte mischfinanzierte Institute. Bei diesen tragen der Bund bzw. die Ländergemeinschaft zwischen fünfzig und neunzig Prozent der Kosten. Der Berliner Einsatz von 150 Millionen spült dadurch unmittelbar 409 Millionen Euro aus Nicht-Berliner Kassen in die Stadt. Doch nicht nur das. Die außeruniversitären Institute erzeugen eine regionale Wirtschaftsnachfrage von 887 Millionen Euro. Das sichert Firmenexistenzen, Arbeitsplätze und bringt Berlin 106 Millionen Euro Steuereinnahmen.

Anders als die außeruniversitären Institute sind die Hochschulen nicht mischfinanziert (außer beim Hochschulbau). Daher wirken die Relationen zwischen Einnahmen und Ausgaben dort nicht ganz so überbordend, aber eindrucksvoll sind sie dennoch. Die 1,2 Milliarden Euro Hochschulausgaben induzieren eine gesamtwirtschaftliche Nachfrage von 1,9 Milliarden. Die 135.000 Berliner Studierenden (die sich vergleichsweise preiswert auf 85.000 ausfinanzierten Studienplätzen drängeln) bewirken eine regionale Nachfrage von rd. einer Milliarde Euro. Das heißt zusammen: Jeder Zuschuss-Euro an die Hochschulen schafft eine dreifach so hohe Nachfrage in der Stadt.

Doch es geht weiter: Im Bund-Länder-Finanzausgleich bringt jeder nicht aus Berlin stammende Student, der sich in der Stadt mit Hauptwohnsitz anmeldet, zusätzliche 2.500 Euro jedes Jahr in den Landeshaushalt. Allein 2002 haben sich 7.500 Studierende neu in Berlin angemeldet, das ergibt Mehreinnahmen von

19 Millionen Euro. Die finanzielle Ausstattung der Hochschulen durch Berlin setzt diese auch in den Stand, sogenannte Drittmittel einzuwerben, also Mittel von Dritten für Forschungsprojekte. Das sind jährlich 230 Millionen Euro. Allein durch diese Gelder werden in Berlin 3.000 Hochqualifikationsarbeitsplätze finanziert. Überdies finden fortwährend Existenzgründungen aus den Hochschulen statt, und zwar dadurch, dass diese Hochschulen innovationsstark sind. Das aber sind und bleiben sie nur, wenn sie nicht lediglich auf Minimalniveau gefahren werden. An der Technischen Universität zum Beispiel hat es in den letzten Jahre 130 Unternehmensgründungen gegeben: 7.200 Mitarbeiter und rund eine Milliarde Euro Umsatz sind die dazugehörigen Zahlen.

Solche wissensbasierten Unternehmungen sind auch diejenigen, die wesentliche wirtschaftliche Anchlusseffekte auslösen. Die Förderung von Transfereffekten der Forschung und Lehre in Berliner Verwertungsketten hinein zahlt sich bereits heute für die Stadt aus: Insgesamt gibt es in Berlin 40.000 Arbeitsplätze allein dadurch, dass das Land 1,4 Milliarden Euro in seine Hochschulen und Forschungsinstitute steckt. Angesichts der sonstigen Ansiedlungshilfen aus der Wirtschaftsförderung ist das auch in arbeitsmarktpolitischer Perspektive ziemlich günstig.

Die Staatskommissarin fragt sich nun zwar, ob es in den Hochschulen vielleicht noch Effizienzreserven gibt. (Und sie wird fündig: Ist alles ein bisschen teurer hier als andernorts, das wird man reparieren müssen.) Aber im übrigen hält sie es für sträflich, im Hochschul- und Forschungssektor Mittel größeren Ausmaßes zu streichen. Denn dies ist ja jetzt schon ein für die Stadt ziemlich lukrativer Bereich, und es ist zudem der einzige Bereich mit relevanten Expansionspotentialen für Wissenschaft und Wirtschaft. Die Kommissarin wird sich dabei auch an einen Merksatz von ihrem Grundschullehrer erinnern: Wünschenswerte Wirkungen, sagte der, werden dann nicht mehr erzielt, wenn ihre Ursachen beseitigt wurden. Ursache-Wirkungs-Zusammenhang nannte er das. Und im übrigen, denkt die Kommissarin weiter, müsste nach erfolgter Haushaltssanierung eh wieder in Hochschule und Forschung investiert werden, da die Stadt ja sonst nicht so viele Entwicklungspotenziale hat – dann aber mit entsprechend erhöhten Aufbaukosten.

Schließlich erinnert sich die Staatskommissarin an die drei anderen Elemente ihres Auftrages: eine funktionsfähige und präsentable Bundeshauptstadt zu schaffen. Das meint nicht nur hundekotfreie Gehwege (die freilich auch schon ein Fortschritt wären), und es ist, wie der Kommissarin spontan einleuchtet, mehr als nur eine x-beliebige Stadtgemeinde zu organisieren. Für eine funktionsfähige und präsentable Bundeshauptstadt braucht es einige weiche Standortfaktoren, die andernorts (im ‚Bundesdurchschnitt‘ oder in Hamburg) so nicht zwingend nötig sind. Eine Hauptstadt benötigt ein bestimmtes Klima, und Hochschu-

len, Forschungsinstitute, Museen, Theater, Opern, Galerien usw. haben nicht zuletzt eine Aufgabe: der Stadt als Hauptstadt eine kritische Reflexionskultur zu verschaffen und zu sichern. Eine Hauptstadt braucht Orte, an denen sich die Gesellschaft selbst denkt. Hierzu genügen weder im sozial- und geisteswissenschaftlichen Bereich noch im künstlerischen Sektor bloße Minimalausstattungen. Vielmehr ist dort eine solche kritische Masse vonnöten, die Kettenreaktionen der intellektuellen Irritation in den zivilgesellschaftlichen und politischen Raum hinein auszulösen vermag.

Nun ja, schön und gut das alles, wird man der Staatskommissarin im Berlin-Ausschuss des Deutschen Bundestages sagen, wo der Haushalt für die Stadt verhandelt wird. Aber von den Schulden müssen wir dennoch irgendwie herunter. Die Kommissarin wird aus alten Berliner Senatspapieren zitieren, als die Stadt noch ein Bundesland war und vor dem Verfassungsgericht auf Bundeshilfe zum Schuldenabbau klagte: „Voraussetzung für solche Hilfe ist der Nachweis, dass Berlin anschließend mit seinem Geld auskommt und seine Ausgabenvorsprünge abgebaut hat.“ Um das zu prüfen, so die Staatskommissarin, hätte das Bundesverfassungsgericht eine Systembetrachtung angestellt. Es hätte den Ausgaben- die Einnahmenströme zugeordnet. Sodann wäre geprüft worden, welche Ausgaben tatsächliche Vorsprünge sind und welche lediglich deshalb höher sind als andernorts, weil das strukturschwache Berlin nur auf diese Weise überhaupt eigene Einnahmen realisieren kann.

Zusammenfassend wird die Staatskommissarin den Abgeordneten eine verschachtelte Frage stellen: Wie soll Berlin aus eigener Kraft Ausgaben und Einnahmen im Lot halten, wenn ihm zuvor, um das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts zu erreichen, die Mittel entzogen wurden, das zu finanzieren, was allein der Stadt auch in Zukunft Entwicklungspotenziale und damit relevante Einnahmensummen verschaffen kann? Berlin müsse statt dessen eine ganze Reihe der Dinge, die bisher als Lasten interpretiert wurden, zu Chancen umdefinieren: Kultur, Wissenschaft, die medizinischen Potenziale der Stadt (die gesundheitstouristisch, also überregional zu vermarkten wären),<sup>2</sup> junge Menschen. An letzteren wird es die Kommissarin zu illustrieren versuchen: Die gesamte Bundesrepublik klage über die geringe Anzahl Nachwachsender, aber Berlin nehme einen Großteil seiner Kinder und Jugendlichen hauptsächlich in Gestalt von Schulproblemen wahr, statt sich zu fragen, was für Zukunftschancen sich für eine weltoffene Stadt aus so vielen jungen Menschen mit Migrationshintergrund ergeben könnten – wenn man entsprechend in sie investierte.

Und so wird die Rede der Staatskommissarin enden: Eine dereinst haushaltssanierte Hauptstadt, die dann am Boden liegt, weil ihr mit den Haushalts-

<sup>2</sup> Vgl. Klaus-Dirk Henke/Birgit Mackenthun/Jonas Schreyögg (2002): Gesundheitsmarkt Berlin. Perspektiven für Wachstum und Beschäftigung. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

schwächen auch die Stadtstärken wegsaniert worden sind, die nun zwar kein Haushaltsproblem mehr hat, jetzt aber als Stadtkörper wiederum ein Sanierungsfall ist, eine solche Hauptstadt könne ja wohl kein ernsthaftes Ziel von Politik sein. Die Abgeordneten werden beeindruckt sein von der zwingenden Logik dieser Argumentation. Sie beauftragen die Staatskommissarin, eine Konsolidierungsstrategie auszuarbeiten, die im Interesse der Zukunftsfähigkeit die Stärken der Stadt nicht schwächt, sondern sichert. Soweit dieses Denkspiel.

## 2 Haushaltskonsolidierung ohne Verödung: Schnittstellenmanagement Wirtschaft und Wissenschaft

Einstweilen hat Berlin keine Staatskommissarin. Es muss im wesentlichen mit sich selber klarkommen. Wie könnte das geschehen? Ein Vorschlag wäre, sich zunächst auf fünf Grundgedanken zu einigen:

1. Die Phase der Haushaltskonsolidierung ist zur Gewinnung eines *zukunftssträchtigen Leitbildes* zu nutzen, dessen Umsetzung wiederum sicherstellt, dass Haushaltskonsolidierungsnotwendigkeiten künftig nicht permanent wiederkehren.
2. Die verschiedenen bereits formulierten Leitbilder der Stadt sind zu einem kommunizierbaren Leitbild zusammen zu führen: *Stadt des Wissens + Soziale Stadt + Ost-West-Drehscheibe*. Das Leitbild der Stadt des Wissens ist dabei zur Grundlage eines gesellschaftlichen Integrationsmodus zu entwickeln, der soziale, ökonomische und kulturelle Bindungswirkungen erzeugt: Durch die Verbindung mit dem Leitbild der Sozialen Stadt lässt sich Integration nach innen, durch die Verbindung mit dem Leitbild der Ost-West-Drehscheibe lässt sich Integration nach außen – einschließlich Brandenburgs – herstellen.
3. Unter Zugrundelegung einer *20-Jahres-Perspektive* sind aufeinander aufbauend (1.) strategische Ziele, (2.) mittelfristig zu schaffende Rahmenbedingungen und (3.) kurzfristig zu realisierende Maßnahmen zu definieren.
4. Dazu muss die Haushaltskonsolidierung neben der Dimension der Ausgaben senkung auch die *Einnahmendimension* einbeziehen.
5. Die zentralen Instrumente, um Zukunft für die Stadt zu gewinnen, sind gleichberechtigt in zwei Politikfeldern zu bestimmen: in der *Finanz- und der Innovationspolitik*. Strategisch ist finanzpolitisch die Haushaltssanierung anzustreben und innovationspolitisch, dass *Berlin einer der fünf attraktivsten Orte in Europa* mit den besten Bedingungen für Studierende, Wis-

senschaftlerInnen und Unternehmensgründer wird – nicht zuletzt für solche aus dem Ausland.

Innovationspolitik ist die Schnittstelle zwischen Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik. Als solche muss sie die notwendigerweise unterschiedlichen Funktionslogiken von Wirtschaft (marktförmiger Wettbewerb, Gewinnstreben) und Wissenschaft (leistungsorientierter Wettbewerb, Erkenntnis- und Problemlösungssuche) synchronisieren, ohne beide Funktionslogiken je für sich aufheben zu wollen. Hierzu sind neue Instrumente zu entwickeln, zuvor aber die vorhandenen Instrumente, soweit bewährt, zu sichern. In der Wissenschaftspolitik sind dies vor allem zwei:

- a. *Forschungspolitisch* ist eine zentrale Voraussetzung für jegliche Innovationspolitik die Sicherung der Forschungsförderung nach Art 91b GG, d.h. die gemeinsame Finanzierung der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft, Großforschungszentren und Blaue-Liste-Einrichtungen durch den Bund und die Ländergemeinschaft. Ohne diese Gemeinschaftsfinanzierung ist die bundesweit einmalige Forschungsdichte in Berlin nicht zu unterhalten. Gleiches gilt für die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau nach Art. 91a GG.
- b. *Hochschulpolitisch* ist ein zentrales Element der Umsetzung innovationspolitischer Anliegen die vertragsförmige Steuerung der Hochschulen. Durch die Hochschulverträge wird Reformzwang mit Reformmotivation und Planungssicherheit verbunden.

Im Gegenzug zur Sicherung dieser beiden zentralen wissenschaftspolitischen Instrumente wird die Berliner Wissenschaft aufgefordert, sich mit eigenen Angeboten an der Identifizierung und Bearbeitung der zentralen Probleme der Stadt zu beteiligen. Beispiele könnten sein: die Haushaltskrise, ein städtisches Verkehrskonzept und eine Strategie der Integration, die Berlin zum europäischen Modellfall einer ethnisch-kulturell so bunten wie chancengerechten Stadtregion werden lässt.

Eine innovationspolitische Strategie als Voraussetzung eines Schnittstellenmanagements von Wissenschaft und Wirtschaft kann keine planwirtschaftliche Zentralsteuerung zum Inhalt haben. Sie hat vielmehr Kontexte zu gestalten und exemplarische Impulse zu geben. Dazu muss Innovationspolitik

- Aktivitäten in definierten strategischen Schwerpunktfeldern fördern,
- durch Prospektion die ggf. erforderliche Neudefinition der strategischen Schwerpunktfelder sicherstellen und dem innovierenden Zufall Raum geben.

Wichtigstes Instrument der Kontextgestaltung könnte ein *regional vernetztes Wissensmanagement* sein. Dieses müsste

- ungenutztes Wissen aktivieren,
- die Erzeugung noch nicht vorhandenen, aber benötigten Wissens anregen und
- Problemstellungen mit Problemlösungswissen zusammenführen.

Dazu wäre zweierlei sicherzustellen:

- a. der Zugang zu dem in der Region an verteilten Orten, in differenzierten Formaten und unterschiedlichem Besitz vorhandenen Wissen wird niedrigschwellig ermöglicht – unmittelbar oder durch entsprechende Navigation;
- b. derart wird eine solche Zugänglichkeit und Verfügbarkeit erreicht, die potentiell jedes Problemlösungsbedürfnis mit den regional vorhandenen problemlösungsbezogen Wissensressourcen maximal verbindet.

Neben der Gestaltung dieser instrumentellen Aspekte wäre es zugleich nötig, zu einer Präzisierung der Ziele und der Entwicklung von Maßnahmen der Innovationspolitik zu gelangen. Hierzu muss der Senat von Berlin alsbald die im Landesinnovationsbericht (2003) angekündigte *Innovationskommission* berufen. Diese Kommission sollte folgende Arbeitsaufträge erhalten:

- a. Bewertung der vorliegenden Ergebnisse früherer Initiativen – wie z.B. BerlinStudie – auf ihre Kompatibilität mit der Haushaltssituation Berlin und ggf. Formulierung von Vorschlägen, wie eine solche Kompatibilität hergestellt werden könnte;
- b. funktionspezifische Relevanzbewertung und Prioritätenbildung der vorliegenden Vorschläge leisten: was ist unabdingbar für Berlin als Wissenschaftsstadt mit überregionaler Funktion, als Wirtschaftsstandort mit vorrangig regionaler Funktion und als Hauptstadt mit gesamtstaatlicher wie internationaler Funktion;

- c. Formulierung der Elemente einer innovationspolitischen Strategie, die Prioritätensetzung mit der Leistbarkeit, Dauerhaftigkeit und Verlässlichkeit der Finanzierung verbindet;
- d. Beantwortung der Frage, wie innovationspolitische Handlungsfähigkeit des Landes dadurch wiederhergestellt werden kann, dass die Situation eines vollständig institutionell gebundenen Wissenschaftshaushalts aufgebrochen wird; hierzu sollten Vorschläge (1.) zur Freisetzung bislang gebundener Mittel und (2.) deren programm- bzw. projektbezogener Rückführung in das Wissenschaftssystem unterbreitet werden; diese Mittel wären vorab von der Heranziehung zur Haushaltskonsolidierung auszunehmen;
- e. Beschreibung des Kernbereichs wissenschaftlicher Autonomie und institutioneller Unabhängigkeit, der unabdingbar ist, um den Vorlauf in Forschung und Ausbildung abzusichern;
- f. Identifizierung ungenutzter Berlin-interner Kooperationspotentiale, um Forschungsschwerpunkte auszufüllen bzw. Clusterbildung anzuregen;
- g. Entwicklung von Vorschlägen, wo die Landespolitik exemplarische innovationspolitische Impulse geben sollte, um das angestrebte regional vernetzte Wissensmanagement zu implementieren;
- h. Identifizierung der zu entwickelnden Überlappungsbereiche von wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Aktivitäten in Berlin; hierzu Entwicklung des Instrumentariums für eine regionsbezogene, d.h. organisationübergreifende innovationspolitische Portfolioanalyse;
- i. auf Grundlage dieser Portfolioanalyse Überprüfung der derzeit politisch definierten natur- und ingenieurwissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte in Berlin: aktuelle Angemessenheit, Zukunftsfähigkeit, ggf. Neudefinition.

Die Ergebnisse der Innovationskommission sollten als erstes in den Abgeordnetenhaus-Ausschüssen für Wissenschaft und für Wirtschaft vorgestellt und anschließend in eine Generaldebatte des Abgeordnetenhauses zum Thema „Wissenschaft und Wirtschaft in Berlin“ eingespeist werden. Die Umsetzung durch die Exekutive müsste dann unter ähnlicher Dauerbegleitung des Abgeordnetenhauses erfolgen, wie dies der Berliner Senat etwa bei der Verwaltungsreform kennt.

Um abschließend Missverständnissen vorzubeugen: Innovationspolitik ist im Schnittstellenbereich von Wirtschaft und Wissenschaft, von Wirtschaftspolitik und Wissenschaftspolitik angesiedelt. Es muss sich daher von selbst verstehen, dass Innovationspolitik weder die gesamte Wissenschaftspolitik ist noch sein kann. Sie sollte einen Teil einer wissenschaftspolitischen Strategie bilden, ohne dass letztere sich darin erschöpft. Zwei Bereiche wären es mindestens, die

eine strategisch angelegte Wissenschaftspolitik auszufüllen hätte: zum einen die Definition sozial- und geisteswissenschaftlicher Forschungsschwerpunkte in Berlin unter vorrangiger Berücksichtigung der Hauptstadtfunction, d.h. unter Sicherstellung von Irritationsfähigkeit der Berliner Wissenschaft in den politischen Raum hinein; zum anderen die Definition zentraler Elemente einer Kommunikationsstrategie für Wissenschaft in Berlin unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Adressaten: Öffentlichkeit, Entscheider sowie Wissenschaft intern. All dies erscheint arbeitsreich und komplex. Aber es gibt auch Hoffnung am Horizont, denn immerhin:

„Wenn wir wissen, was der Fall ist, wenn wir überdies wissen, nach welcher Regel, was der Fall ist, sich ändert, wenn wir schließlich wissen, wie sich, was der Fall ist, durch Wirkungen unseres Handelns ändert, so sind wir auch, wenn wir wissen, was wir wollen, in der Lage zu sagen, was wir tun müssen, damit wir können, was wir wollen. Beschreibungen und Theorien sind so in Handlungsregeln transformierbar.“<sup>3</sup>

## Innovation als sozialer Prozess – Leerstelle einer Debatte

*Dieter Scholz/Heiko Glawe*

„Innovation“ – der Begriff ist in aller Munde: Zumindest will die Bundesregierung mit einer „Innovations-Initiative“ nach ihren eigenen Worten Deutschland wieder aus der wirtschaftlichen Talsohle holen. Neue Arbeit, Wirtschaftswachstum und Wohlstand erfordern angesichts der Herausforderungen von Strukturwandel, Globalisierung, demografischem Wandel und ökologischer Modernisierung eine Strategie der permanenten Innovation. Der allgemeine Befund über die Innovationsdynamik in Deutschland ist allerdings ernüchternd: Die Innovationschwäche ist im internationalen Vergleich nicht mehr zu übersehen, der Strukturwandel zur wissensbasierten Wirtschaft verläuft nur im Schneckentempo. Die deutsche Wirtschaft ist den traditionellen Erfolgsmustern verhaftet. Einerseits erfolgreiche Exportnation, aber andererseits Technologieimporteur, stark vor allem auf traditionellen Märkten.

Soll die Innovations-Initiative Erfolg haben, muss sie langfristig angelegt und verlässlich sein. Soweit bis heute erkennbar, reduziert sie sich jedoch auf eine punktuelle Erhöhung von Fördermitteln, die Forderung nach Elite-Universitäten und allgemeine Appelle an Mut und Risikobereitschaft. Ob so ein besseres Innovationsklima entsteht, ist zu bezweifeln.

Die komplexen Zusammenhänge, die insgesamt Innovationsfähigkeit ausmachen – Unternehmenskultur, Innovationsmanagement, Zusammenhang zwischen Arbeitszufriedenheit und Innovation, Forschung, Bildung und Weiterbildung, um nur einige zu nennen – spielen im allgemeinen wie auch im aktuellen innovationspolitischen Diskurs kaum eine Rolle. Die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen wird fast ausschließlich – angebotsseitig – an der relativen Höhe von Arbeitskosten gemessen. Die aktuelle Debatte über die massive Verlagerung von Unternehmen und/oder Unternehmensteilen in die neuen EU-Mitgliedstaaten ist dafür ein Paradebeispiel. Das Fraunhofer Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung weist in seinem aktuellen Ratgeber („Inländische und ausländische Standorte richtig bewerten“) ausdrücklich auf die Gefahren dieser einseitigen Arbeitskostenfixierung hin. So ist z.B. in den letzten Jahren eher ein Trend zur Rückverlagerung von Produktionskapazitäten aus den Mittel- und Osteuropäischen Ländern festzustellen, weil modellhaft geplanten

<sup>3</sup> Hermann Lübke (1994): Im Zug der Zeit. Verkürzter Aufenthalt in der Gegenwart. Berlin/Heidelberg: Springer, S. 255f.